

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 24

Artikel: Portugal und Osteuropa : was wiederholt sich in der Geschichte kommunistischer Machtergreifungen und was nicht?
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keinen angolesischen Kaffee!» hiess es. Heute ist es Blut!)

Die «Unabhängigkeit» von Angola: Broschüren der KP Portugals werden in Luanda als MPLA-Schriften neu gedruckt

Je mehr die «Volksbewegung zur Befreiung Angolas» (MPLA) in Bedrängnis geriet, von den beiden anderen Machtkonkurrenten — «Nationale Front» (FNLA) und «Nationale Union» (UNITA) — in die Zange genommen wurde, um so mehr mussten Portugals Kommunisten den *organisierten Amok* gegen die Regierung Pinheiro Azevedos forcieren. Eine Regierung übrigens, die Westeuropa noch vor zwei Monaten aufatmen und Millionenkredite gewähren liess ... aber zu spät!

Eine kommunistische Machtergreifung in Portugal bedeutet Anerkennung der MPLA durch Portugal als «alleinige und wahre Vertreterin» des bereits jetzt ausgebluteten angolesischen Volkes. Diese Anerkennung würde die massive Unterstützung der MPLA durch die Sowjetunion «vor aller Welt legitimieren».

A propos: Broschüren und Bücher der portugiesischen Kommunistischen Partei werden in Luanda nochmals gedruckt und mit MPLA-«Copyright» versehen. ...

Die Wirtschaftshilfe an Portugal überlassen die Sowjets dem Westen

Portugals hochgejubelte neue Sowjetblock-Handelspartner stehen nach achtzehn revolutionären Monaten im gesamten Aussenhandel mit ganzen 2% zu Buche. Der portugiesische Handel mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) zusammen beträgt zurzeit bei der Einfuhr 51% und bei der Ausfuhr in diese Staaten 65%.

7% der portugiesischen Warenerzeugung werden in die Vereinigten Staaten, 3% in asiatische Staaten ausgeführt. Kommentar in Kreisen des Aussenhandelsministeriums in Lissabon: «Der Sowjetblock nimmt uns nichts ab. Die Sowjets haben kein Geld, aber für ihre subversive 'Kultura', die sie uns hier darbringen, müssen wir in harten Dollars bezahlen!» ...

Die Ein- und Ausfuhr im Handel mit den EG- und EFTA-Staaten ist auch nach dem Umsturz vom 25. April 1974 konstant geblieben. Haupt-handelspartner ist nach wie vor die Bundesrepublik Deutschland, und zwar mit 75%. ■



Emigranten aus Angola fahren mit diesem Boot in 29 Tagen die fast 4000 Seemeilen von Luanda nach der Algarve im Süden Portugals.

Was wiederholt sich in der Geschichte kommunistischer Machtergreifungen und was nicht?

Portugal und Osteuropa

Eine Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

In Portugal nimmt die kommunistische Machtergreifung ihren zweiten Anlauf. Er ist deshalb nötig geworden, weil die Bevölkerung gegen die kommunistische Minderheitsdiktatur diesen Sommer rebelliert hatte. Aber die KP, die über die Trümpfe inländischer Schlüsselstellungen und ausländischer Unterstützung verfügt, ist immer noch im Kommen. Und, ob seltsam oder nicht: Ihre Technik der Machtergreifung, ihre Vorstellung der Machtausübung sind weitgehend die gleichen, die vor bald 30 Jahren die Etablierung der Diktatur sowjetischen Typs in Osteuropa ermöglichten. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber menschliche Verhaltensmuster wiederholen sich. Mit dem Hinweis auf bleibende Motive der Volksunterdrückung im Namen des Volkes beginnen wir eine Untersuchung über die portugiesische KP-Taktik. Für unsere Zeit ist sie exemplarisch.

Wenn die kommunistische Machtergreifung in Portugal nicht genau nach dem osteuropäischen Vorbild von 1948 verläuft, so ist das auf keinen Fall dem Willen der portugiesischen Kommunistischen Partei (PKP) zuzuschreiben. Diese Organisation von geradezu exemplarischer und durchaus deklariertem Sowjettreue hat höchstens darin gefehlt, dass sie die Mustervorlage allzu unbeschwert auf die eigenen Verhältnisse übertragen wollte. Und sie reüssierte damit anfänglich so gut, dass sie sich zu einem ungehörlich forschen Tempo verleiten liess, was sowohl die praktisch schon überspielten «Partner» als auch das unverfroren in Anspruch genommene Volk zur früher verpassten Abwehrreaktion brachte. Ob diese noch eine Chance hat, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sich die westeuropäische Umgebung dem kommunistischen Feindbild von «Reaktion» und erfundenem «Faschismus» widersetzt oder anschliesst.

Gleiche Taktik – andere Umstände

In Osteuropa hatten die Kommunisten zu keinem Zeitpunkt Anlass gehabt, an ihrem Endsieg zu zweifeln. Hinter ihnen stand ja die ganze politisch-militärische Maschinerie der Sowjets als Garant der richtigen «Entwicklung». Das war die Voraussetzung zu einem ruhigen, planmässigen Vorgehen. Zur Diskussion standen nur noch das bestmögliche taktische Vorgehen und die Wahl des jeweiligen Zeitpunktes. Aber die Entscheidungen lagen auch in diesen Fragen bei den Sowjets, und so liess sich die «volksdemokratische Revolution» theoriegerecht in zwei Phasen durchführen: Der sogenannten bürgerlich-demokratischen Etappe (1945–1948) folgte die sozialistische Etappe (1949–1951) im vorbestimmten Ablauf.

Bei alledem war eine spezifische Aussenpolitik nicht vonnöten, da sie restlos von Moskau besorgt wurde. Ihren taktischen Spielraum hatten die einzelnen KP in der Innenpolitik. Hier setzten sie selbstsicher und konsequent die «Salami-taktik» ein: Sie verbündeten sich zunächst mit «allen demokratischen Kräften», einschliesslich der «nationalen Bourgeoisie», gegen Grossgrundbesitz und Grosskapital, dann mit den fortschrittlichen Klassen gegen das Bürgertum und seine politischen Exponenten, dann mit den fortschrittlichen Kräften der Sozialdemokratie (oder entsprechenden Gruppierungen) gegen die Klas-

senverräter usw., bis sie alle Alternativkräfte ausgeschaltet hatten. Erleichtert wurde ihnen dieses Vorgehen durch das Verhalten der «Partner», die sich eifrig an der Jagd auf den jeweils aufgezeigten Feind beteiligten, in der Hoffnung, selber nicht ins Schussfeld zu geraten.

In Portugal liess sich die gesteuerte Entwicklung zunächst überaus glatt auf dieser Linie an, verlief aber dann anders. Spezifische nationale Gegebenheiten bieten sich zur Erklärung an; es hatte sie selbstverständlich seinerzeit auch in Osteuropa gegeben, ohne dass dies den einheitlichen Lösungsverlauf der «spezifischen» Probleme im geringsten beeinträchtigt hätte. Der Hauptunterschied besteht jedenfalls im Fehlen von Besatzungstruppen, was durch die MFA-Uebernahme der Streitkräfte nicht genügend ausgeglichen werden konnte.

In einem Punkt hatte die PKP im Vergleich zu den osteuropäischen KP von damals sogar einen Startvorteil: Sie verfügte im Inland als einzige der Landesparteien über einen gewissen organisatorischen Rahmen (während in Osteuropa immerhin ein organisierter politischer Pluralismus vorhanden gewesen war), und sie hatte in Moskau und Prag ihre Auslandszentren noch dazu, wo sie mit voller Unterstützung der Sowjets ihre Machtübernahme vorbereiten konnte.

Die PKP konnte sich schon unmittelbar nach dem 25. April auf eine starke Gruppe ausgebildeter Berufsrevolutionäre stützen. Das waren zum einen Teil portugiesische Emigranten, die aus Osteuropa oder Kuba nach Hause strömten, zum andern Teil nichtportugiesische Agenten aus Kuba und Osteuropa (hauptsächlich Tschechen), die schon sprachlich auf ihren Einsatz vorbereitet waren. Zu ihnen stiessen noch Kollegen und Sympathisanten aus andern Ländern, wie Spanien oder Chile. («Portugal: Revolution and Backlash», in «Conflict Studies» Nr. 61/1975, London)

Alles in allem nahmen sich die Bedingungen für eine «klassische» Machtergreifung so günstig aus, dass die PKP sie als restlos erfüllt erachtete. So kommt es zu einer erstaunlich genauen Uebertragbarkeit von Motiven, die westliche Zeitgenossen in der Regel für eine reine Schimäre halten.

Wir wollen in der Folge auf einige kommunisti-

sche Konstanten in der Machtergreifungsphase hinweisen, an denen sich wenig geändert hat, es sei denn das Wahrnehmungsvermögen der «kapitalistischen Gesellschaft». Unter anderem deshalb, weil sie selber den Anfängen der Verunsicherungstaktik erliegt, die zu den bestgehabten Elementen der Umwandlungsphase gehört.

Die Einschüchterung

Im Osteuropa der Jahre 1945—1953 ist sie mit einer Präzision angewandt worden, die vorbildlich geblieben ist. Niemand — und schon gar nicht der demokratische Gegner des vorangegangenen Regimes — konnte sich auch nur einen Moment lang sicher fühlen. In jedem Sektor des Staats- und Wirtschaftslebens rollten die Säuberungswellen, und sie waren wohl vorbereitet. Kollegen liessen einander im Stich. Man hatte ihre Hoffnung einkalkuliert: Mein Chef wird gesäubert, aber dafür bleibe ich. Nach dem Chef kamen die Mitarbeiter an die Reihe; die Salami-scheiben legten sich wohlgeordnet auf das Servierbrett. Es hat sich tausendfach bestätigt, dass es leichter gewesen war, an der Front tapfer zu sein, als daheim Zivilcourage zu zeigen.

Die portugiesischen Kommunisten — respektive ihre Berater — haben diese Taktik ihrer osteuropäischen Genossen übernommen, 15 Monate lang mit ungetrübtem Wohlgemut, später mit erschreckter Verärgerung über die plötzliche Hinrichtungsunwilligkeit der Delinquenten, jetzt mit wütender Aggressivität, in die immerhin Nervosität hineingekommen ist. Alles in allem aber mit Erfolg. Wie der Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei, Sa Carneiro, sogar nach den

kommunistischen Rückschlägen in diesem Herbst feststellte: «In Portugal darf man nicht offiziell Antikommunist sein, wohl aber muss man offiziell Antisozialdemokrat sein.» (ZB, Nr. 22/1975, S. 3)

Säuberung unter Mitwirkung der Opfer

Die PKP hat eine Säuberung nach der andern erzwungen: in Behörden und Aemtern, in Betrieben, in Gewerkschaften, an Hochschulen.

Man ging etappenweise vor, um den vorübergehend Geschonten Gelegenheit zu geben, die Kollegen in der Hoffnung auf eigene Rettung widerstandslos fallenzulassen. Und sehr lange klappte das denn auch recht eigentlich anstandslos. Man nannte den antifaschistischen Freund von gestern einen Faschisten, um selber dieser Etikette zu entgehen, deren Verteilung man den Kommunisten überliess, auf die sie am besten gepasst hätte.

Gelegenheit zu direkten Massensäuberungen boten der Sturz des ersten Ministerpräsidenten, Prof. Palma Carlos, dann die «Ereignisse» vom 28. September 1974 mit dem Rücktritt Spinolas, dann der wohlinszenierte «konterrevolutionäre Putschversuch» vom 11. März 1975. Diese Hauptakte strukturierten die permanenten Säuberungen in den Zwischenzeiten mit der stetigen Forderung nach Entlarvung der Schuldigen an konterrevolutionären Anschlägen, was ganze Bevölkerungsschichten total einschüchterte.

Das späte Aufbegehren der Opfer im Sommer und Herbst dieses Jahres brachte dann eine Wende — oder vielleicht nur eine Zäsur. Die Bildung der Sechsten Provisorischen Regierung unter Azevedo erfolgte entgegen den Wünschen der Kommunisten (wenngleich immer noch unter

übergebürlicher Berücksichtigung ihrer Interessen), und unverzüglich setzte die PKP ihr gesamtes mobilisierbares Machtpotential ein, um neue Säuberungen zu erzwingen. Und sie hat die Regierung funktionsunfähig gemacht.

In einem säuberungsbezüglichen Beschluss des PKP-Zentralkomitees heisst es (in der Zusammenfassung des Informationsbulletins Nr. 13/1975 der Sowjetbotschaft in Wien), es gehe «um die wirksame Reorganisation und Säuberung des gesamten Staatsapparates — einschliesslich seiner militärischen und paramilitärischen Sektoren sowie der Gerichte, des diplomatischen Dienstes und der Beamtenschaft —, so dass seine Treue zur Revolution garantiert ist».

Selbstredend ist hier wie anderswo die «Revolution» den PKP-Interessen gleichgestellt, und was ihnen widerspricht, ist einfach alles konterrevolutionär.

Allerdings machten die portugiesischen Kommunisten einen Fehler. Sie hatten sich der Armeeführung, der Zentralbehörden, der Gewerkschaften und Massenmedien so leicht bemächtigt, dass sie zu früh im Namen des Volkes auf das Volk traten. Das hatten nach Lenin und Stalin die osteuropäischen Kommunisten mit entsprechender Hilfe leicht tun können. Anscheinend verliess sich die PKP darauf, dass die richtig bemannten Militärstellen und die COPCON-Schutzstaffeln die Rolle würden übernehmen können, welche die sowjetischen Besatzungstruppen in Osteuropa gespielt hatten. Das erwies sich — wenigstens interimistisch — als Irrtum. Aber die PKP hofft ihn mit sowjetischer Unterstützung und westlicher Duldung noch beheben zu können. Und wie sich zeigte, haben die bewaffneten Kräfte die KP-unerwünschte Regierung zwar nicht gerade selber gestürzt, aber auch nicht gestützt.

Das neue Heft ist da

Die grossen Themen:

SPD/FDP-Koalition hat Tiefpunkt ihres Versagens erreicht

Interview mit Helmut Kohl, dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU

Kommunisten in der Bundeswehr

Wie linksradikale Gruppierungen die Bundeswehr unterwandern

Macht Schulden und Sprüche: «Macher» Schmidt

Des Bundeskanzlers gesammelte Wirtschaftsmärchen

Gift in Schulbüchern

Hans Habe analysiert das «Literatur»-Angebot für deutsche Schüler

Bis zum Jahresende über 19 Milliarden für die Arbeitslosen

Interview mit Josef Stingl, dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit

Mordbrenner in Angola

Schreckensorgien auch mit evangelischen Kirchensteuern finanziert

Begünstigt Bonn BM-Banditen?

Südjemen will deutsche Terroristen ausliefern



Deutschland-Magazin

ist das politische Meinungsmagazin aller, die die Wahrheit wissen wollen

Deutschland-Magazin

liefert Ihnen die Informationen, die Sie für politische Argumentation brauchen

Sie bekommen 2 Hefte kostenlos, wenn Sie jetzt für 1976 abonnieren!

Bestellschein

Bitte einsenden an:
DEUTSCHLAND-MAGAZIN, D-821 Prien, Kampenwandstrasse 16
 Ich abonniere das DEUTSCHLAND-MAGAZIN ab 1976 zum Preis von DM 18.- für sechs Nummern im Jahr. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht bis zum 1. Oktober schriftlich gekündigt wird.
Die Nrn. 5/75 und 6/75 (Dezember-Ausgabe) erhalte ich kostenlos geliefert.
 Ich überweise die Abonnementsgebühr für 1976 (DM 18.-) auf das Postcheckkonto der Deutschland-Stiftung e. V., Nr. 210-801 beim PS-Amt München, oder auf das Konto Nr. 265 900 bei der Sparkasse Prien (Bankleitzahl 711 500).
 Name _____ Vorname _____
 PLZ _____ Ort _____
 Strasse _____
 Unterschrift _____ Datum _____
 (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Die Wahldemokratie

Die Kommunisten fühlten sich im Frühjahr 1975 endgültig im Sattel (via MFA und Revolutionsrat) und äusserten ihre politischen Absichten zu früh. Sie begingen den gleichen taktischen Fehler wie Lenin 1917. Auch er hatte die Wahlen in die russische Konstituante Ende November 1917 nicht verhindern können, doch besass er die Macht, diese Anfang Januar 1918 auseinanderzutreiben, als sie sich weigerte, das Resultat des Oktoberputsches zu akzeptieren. In Portugal hingegen wurde das Volk nach der kommunistischen Wahlniederlage vom April 1975 — mindestens vorübergehend — zu einem direkten politischen Faktor.

Lenin wollte seine Partei rechtfertigen, indem er die Wahlen bagatellierte:

«Im November 1917, bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, stimmten 9 von 36 Millionen Wählern für die Bolschewiken. Tatsächlich stellte sich aber die Mehrheit der Wähler zwar nicht bei der Stimmabgabe, wohl



Als ungehörig störrisch erwies sich für die KP die Landbevölkerung, die selber wusste, was sie wollte, statt ihre «objektiven Interessen» vertrauensvoll durch die Avantgarde vertreten zu lassen.

aber im Kampf hinter die Bolschewiken.» (Lenin: Gesammelte Werke, Bd. 45, S.174, russisch) Cunhal reagierte ähnlich:

«Die Auffassung, wonach die Stimmabgabe der einzige Massstab für Kraft und Einfluss der Partei sei, ist falsch. Die Wahlergebnisse drücken die Macht der PKP keinesfalls aus; sie zeigen nicht die Fähigkeit der PKP zur Mobilisierung der

PKP-Generalsekretär Alvaro Cunhal. In einem Interview für das ungarische Fernsehen am 17. November hat er gesagt, seine Partei wolle vor allem den Schutz der Freiheitsrechte; diese seien «untrennbar vom Schutz sämtlicher revolutionärer Errungenschaften» und «vom Weg des Sozialismus», den die PKP beschreite. Nach dieser Definition fügte Cunhal hinzu, die PKP wolle alle vereinen, welche die Freiheit verteidigen und schützen...



Volksmassen und die ihr in der portugiesischen Revolution notwendigerweise gebührende Rolle.» Die Wahlen seien für die KP eine Erfahrung, bedingen aber in der politischen Lage keine Änderungen von Belang. Die PKP werde «die Rolle der revolutionären Avantgarde der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes» weiterhin erfüllen. («Uj szo», Bratislava, 28. 4. 1975)

Vor dem ungarischen Fernsehen drückte er sich noch klarer aus: «Wir machen Revolution. Unsere Dynamik ist eine ganz andere: nicht die Dynamik der Wahlen, sondern die Dynamik der Revolution.» («Nepszabadsag», Budapest, 4. 5. 1975)

In seinem Interview für die «Prawda» (19. 5. 1975) sagte Cunhal: «Die Wahlen bilden einen Bestandteil des revolutionären Prozesses, aber sie sind kein entscheidender Faktor... Die Feinde der portugiesischen Demokratie und der PKP schwingen die Siegesfahnen zu früh. Wie vor den Wahlen, so ist auch heute die Beteiligung der Kommunisten am revolutionären Prozess auf allen Ebenen, inbegriffen die provisorische Regierung, eine unbedingte Notwendigkeit zur Garantie der Verteidigung von Freiheit und Aufbau der neuen portugiesischen Gesellschaft, die zum Sozialismus vorwärtsschreitet.»

Antonio Dias Laurencó, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der PKP, gab der Ostberliner Parteizeitung «Neues Deutschland» ein Inter-

view, in dem er beanstandete, dass «gewisse Kräfte die Wahlen dem demokratischen Prozess gegenüberstellen, indem sie den Wahlen in die Konstituierende Nationalversammlung unbegründet zu grosse Bedeutung beimessen». Dann betonte er: «In grossen Teilen Portugals konnten die Wahlen noch kein freier Entscheid eines politisch aufgeklärten und selbstbewussten Volkes sein.» (Zitiert in «Uj szo», 20. 6. 1975)

Auch der damalige prokommunistische Ministerpräsident, Gonçalves, äusserte sich in diesem Sinne: «Wir wollen wegen der Wahlen nicht verlieren, was das Volk bis dahin unter grossen Anstrengungen erkämpfte...» («Nowe drogi», Warschau, Nr. 5/1975, S. 151)

Zur Wahlniederlage selbst wiederholte die PKP-Führung in einer grossen Anzahl von Erklärungen, es habe sich um eine Verschwörung der in- und ausländischen Reaktion gegen das portugiesische Volk gehandelt. Das (u. a. vom Vatikan) irreführte Volk habe dann gegen die KP gestimmt! Die erste Erklärung der PKP-Führung nach den Wahlen («Uj szo», 28. 4. 1975, S. 1) führte sogar die Wahldisziplin (92% der Wahlberechtigten machten von ihrem Recht Gebrauch) auf feindliche Agitation zurück, ferner auf Gewaltakte, Provokationen und Drohungen der Reaktion und der Linksextremen. Ueber die eigenen Wahlkommandos schwieg man sich natürlich aus. (Fortsetzung folgt)

Der Buchtip

Volksrepublik Schweiz

Ulrich Kigi: «Volksrepublik Schweiz 1998. Eine Politsatire». Walter-Verlag, Olten 1975, 132 Seiten, Fr. 17.80.

Vor bald vier Jahren hatten wir im «ZeitBild» (Nr. 4/1972) eine Samisdat-Satire veröffentlicht, die den Titel «Presseübersicht 1984» trug. Sie bestand in einer Sammlung fiktiver Zeitungsberichte aus einer beträchtlich grösser gewordenen sozialistischen und einer beträchtlich zusammengeschmolzenen kapitalistischen Welt.

Bezüglich des dann kommunistisch regierten Westeuropas ging der Autor so vor, dass er die

absolut normalen Verhältnisse seiner Heimat von 1971 auf Rom, London und Paris übertrug, was für den westlichen Leser von alleine zu Effekten von spassiger Unmöglichkeit führte. Und ähnlich komisch nahm sich der Zusammenprall mit dem imperialistischen System aus, bestehend aus USA plus Australien. Dargestellt in einem Notenwechsel zwischen Moskau und Washington, auf der Grundlage eines Unfalls, bei dem ein amerikanischer Bürger in New York von einem sowjetischen Diplomatenauto überfahren und getötet worden war. Die Note der UdSSR protestierte in aller Schärfe gegen die Provokation der entfesselten militaristischen Kreise und das neuerliche Verbrechen des amerikanischen Imperialismus. Washington beteuerte, dass die Untersuchung im Falle des überfahrenen A. Smith keine Vorsätzlichkeit seinerseits habe erkennen lassen, bedauerte die durch Glassplitter verursachten